

Sorge vor PCB aus Bergwerken beschäftigt die Politik

In Städten wird Ruf nach Aufklärung laut. RAG-Stiftungschef Müller betont, bislang gebe es keine auffälligen Messwerte

Von Ulf Meinke

Essen. Die Sorge vor einer möglichen Belastung des Trinkwassers durch krebserregendes PCB aus Bergwerken beschäftigt weiterhin die Politik. Kommunalpolitiker in mehreren Revierstädten forderten Aufklärung. So sagte etwa der Mülheimer SPD-Umweltpolitiker Daniel Mühlenfeld, ein RAG-Vertreter müsse vor Ort über die „potenziell drohenden Folgen“ durch PCB im Grubenwasser informieren. Die Bottroper CDU forderte eine „lückenlose Aufklärung“ von NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne).

Auch die RAG-Stiftung hat sich eingeschaltet. „Die RAG nimmt das Thema ernst – und das schon seit Jahren“, sagte Werner Müller, der Vorstandschef der Stiftung, im Gespräch mit dieser Zeitung. „Es wird heute schon sehr sorgfältig

untersucht, ob mit PCB belastetes Hydrauliköl das Grubenwasser belastet.“ Die RAG-Stiftung hat die Aufgabe, ab 2019 die Folgekosten nach dem Ende des Steinkohlenbergbaus zu finanzieren. Dazu gehört, über Generationen hinweg Grubenwasser abzupumpen, damit das Ruhrgebiet nicht zu einer Sumpflandschaft wird. Bislang wurde in alten Schächten auch in 800 Metern Tiefe gepumpt, künftig soll sich die Höhe auf 600 Meter verringern. Umweltschützer befürchten, so könnte PCB ins Trinkwasser gelangen.

Kostengründe spielen eine Rolle

Stiftungschef Müller verwies auf Erfahrungswerte. „Grubenwasser durchfließt bereits seit Jahrzehnten auch Bereiche, in denen PCB eingesetzt wurde, bevor es dann an den



Werner Müller

FOTO: KOKOSKA

Wasserhaltungsstandorten gehoben wird. Alle PCB-Messwerte liegen hier unterhalb der Nachweisgrenze“, sagte er. Gemessen werde in Abstimmung mit der Bezirksregierung, „die als neutrale

Instanz darüber wacht, dass alles seine Richtigkeit hat“.

Auch Kostengründe spielen eine Rolle, wenn es darum geht, wie viel Grubenwasser künftig gepumpt werden soll. Müller betonte, die RAG-Stiftung sei finanziell solide ausgestattet, um die Aufgabe zu erledigen. Für das Jahr 2019 rechnet die Stiftung mit Einnahmen in Höhe von rund 400 Millionen Euro. „Dem gegenüber stehen ab diesem Zeitpunkt jährlich rund 220 Millionen Euro für die Wasserhaltung. Gesetzt den Fall die Kosten würden mal etwas ansteigen, würde die Stiftung das auch verkraften.“